



Abteilung 3

Kriegsopfer- und Behindertenverband  
Steiermark  
Wielandgasse 14-16  
8010 Graz  
gg. RSb

→ **Verfassung und Inneres**

**Personenstand, Veranstaltung,  
Innerer Dienst**

Bearb.: Nicole Pichler-Kandler  
Tel.: +43 (316) 877-2093  
Fax: +43 (316) 877-2123  
E-Mail: abteilung3@stmk.gv.at

Bei Antwortschreiben bitte  
Geschäftszeichen (GZ) anführen

GZ: ABT03-1.0-11718/2014-2

Graz, am 20.03.2014

Ggst.: Kriegsopfer- und Behindertenverband Steiermark;  
öffentliche Sammlung - Sammlungsbewilligung

**B e s c h e i d :**

**S p r u c h :**

Über Ansuchen vom 25.02.2014 wird dem Kriegsopfer- und Behindertenverband Steiermark mit dem Sitz in 8010 Graz, Wielandgasse Nr. 14-16, gemäß den §§ 1, 4, 5 und 9 Abs.1 lit.a des Steiermärkischen Sammlungsgesetzes, LGBl.Nr.82/1964 i.d.F.: LGBl.Nr.87/2013, die Bewilligung zur Durchführung einer öffentlichen Sammlung wie folgt erteilt:

- Sammlungszeitraum:** 01. September 2014 bis 15. November 2014  
**Sammlungsbereich:** Bundesland Steiermark  
**Sammlungsform:** Haussammlung mit Listen  
**Sammlungszweck:** Aufbringung von Mitteln für die karitative Tätigkeit des Kriegsopfer- und Behindertenverbandes in der Steiermark

Diese Bewilligung wird gemäß § 5 Abs.2 und § 8 Abs.2 des Sammlungsgesetzes mit folgenden Auflagen verbunden:

1. Der Beginn der Sammlung ist den Gemeinden, in deren Gebiet die Sammlung veranstaltet wird, in Graz auch der Landespolizeidirektion und in Leoben dem Polizeikommissariat, zeitgerecht vorher schriftlich oder mündlich anzuzeigen.

8010 Graz • Paulustorgasse 4

Wir sind Montag bis Freitag von 8:00 bis 12:30 Uhr – Dienstag zusätzlich von 12:30 bis 14:00 Uhr und nach Terminvereinbarung für Sie erreichbar

Telefonischer Journaldienst: Montag bis Donnerstag von 12:30 bis 16:00 Uhr

Öffentliche Verkehrsmittel: alle Straßenbahnlinien bis zur Haltestelle Hauptplatz, dann Fußweg durch die Sporgasse oder Buslinie Nr. 30 vom Jakominiplatz bis Haltestelle Karmeliterplatz

DVR 0087122 • UID ATU37001007 •

Landes-Hypothekenbank Steiermark AG IBAN AT37 5600 0201 4100 5201 • BIC HYSTAT2G

2. **Höchstens 15 %** des Sammlungsergebnisses dürfen zur **Finanzierung der Sammlungskosten** aufgewendet werden, eine Finanzierung des sonstigen Verwaltungsaufwandes des Sammlungsveranstalters aus dem Sammlungsertrag ist zufolge § 4 lit.a des Sammlungsgesetzes unzulässig. Das Reinertragnis der Sammlung ist nachweislich zur Erfüllung des oben angeführten Sammlungszweckes zu verwenden.
3. Als Sammler dürfen nur vertrauenswürdige Personen eingesetzt werden, die Gewähr für eine ordnungsgemäße Sammlungsgebarung bieten. Sie haben beim Sammeln über Verlangen Legitimationen vorzuweisen, die vom Sammlungsveranstalter auszustellen sind.
4. Die Sammelisten haben die Daten der behördlichen Bewilligung, den Sichtvermerk des Sammlungsveranstalters, den Zweck der Sammlung sowie den Namen des Sammlers zu enthalten und sind fortlaufend mit Nummern zu versehen.
5. Der Sammlungsveranstalter hat durch geeignete Maßnahmen dafür Sorge zu tragen, dass alle ausgegebenen Sammelisten binnen Wochenfrist nach Schluss der Sammlung wieder dem Verein rückgemittelt werden.
6. Über die an die Sammler ausgegebenen Sammelisten ist ein Verzeichnis zu führen, in dem jedenfalls für jede Liste die fortlaufende Nummer, der Name des Sammlers und der gesammelte Betrag zu verzeichnen sind.
7. Spätestens bis 20.02.2015 ist an das Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 3, über das vorläufige Sammlungsergebnis (Gesamtertrag, Unkosten, Reinertrag) mit beiliegendem Formblatt (A) Rechnung zu legen.
8. Bis spätestens 30.05.2015 ist der endgültige Verwendungsnachweis für das Sammlungsergebnis mit beiliegendem Formblatt (B) - unter Anschluss des Verzeichnisses der an die Sammler ausgegebenen Sammelisten - dem Amt der Steiermärkischen Landesregierung, Abteilung 3, vorzulegen. Der Nachweis hat die Daten der satzungsgemäßen Genehmigung zu enthalten; er ist von den zuständigen Vereinsorganen und den Rechnungsprüfern zu unterfertigen. Auszuweisen sind:
  - a) Bruttosumme der mittels Sammelisten im Jahre 2014 gesammelten Beträge
  - b) restliche Ertragnisse der Sammlung 2013
  - c) Provisionen und sonstige Vergütungen an Sammler,
  - d) sonstige Sammlungskosten;
  - e) die Verwendung des Sammlungsnettoertrages (gesondert von der übrigen Gewinn- und Verlustrechnung).

Für diese Bewilligung ist gemäß Tarifpost A Z.1 der Landes-Verwaltungsabgabenverordnung 2013, LGBl.Nr.122/2012, eine Verwaltungsabgabe im Betrag von € 13.- zu entrichten, die mittels des angeschlossenen Erlagscheines binnen zwei Wochen einzuzahlen ist.



**Rechtsmittelbelehrung:**

Sie haben das Recht, gegen diesen Bescheid Beschwerde an das Verwaltungsgericht zu erheben. Die Beschwerde ist innerhalb von vier Wochen nach Zustellung dieses Bescheides schriftlich bei uns einzubringen.

Sie haben auch die Möglichkeit, die Beschwerde über das Internet mit Hilfe eines Web-Formulars einzubringen (<https://egov.stmk.gv.at/rmbe>). Bitte beachten Sie: Dies ist derzeit die einzige Form, mit der Sie eine beweiskräftige Zustellbestätigung erhalten. Weitere technische Einbringungsmöglichkeiten für die Beschwerde (z.B. Telefax, E-Mail) können Sie dem Briefkopf entnehmen. Der Absender trägt dabei die mit diesen Übermittlungsarten verbundenen Risiken (z.B. Übertragungsfehler, Verlust des Schriftstückes). Bitte beachten Sie, dass für elektronische Anbringen die technischen Voraussetzungen und organisatorischen Beschränkungen im Internet kundgemacht sind: <http://egov.stmk.gv.at/tvob>. Die Beschwerde hat den Bescheid, gegen den sie sich richtet, und die belangte Behörde zu bezeichnen.

Weiters hat die Beschwerde zu enthalten:

- die Gründe, auf die sich die Behauptung der Rechtswidrigkeit stützt,
- das Begehren und
- die Angaben, die erforderlich sind, um zu beurteilen, ob die Beschwerde rechtzeitig eingebracht ist .

Eine rechtzeitig eingebrachte und zulässige Beschwerde hat aufschiebende Wirkung, das heißt, der Bescheid kann bis zur abschließenden Entscheidung nicht vollstreckt werden. Für die Beschwerde ist eine Gebühr von € 14,30, für Beilagen zum Antrag je € 3,90 pro Bogen, maximal aber € 21,80 pro Beilage zu entrichten. Die Gebührenschuld entsteht in dem Zeitpunkt, in dem die abschließende Erledigung über die Beschwerde zugestellt wird.

**Hinweis:**

Wenn Sie die Durchführung einer mündlichen Verhandlung wünschen, müssen Sie diese gleichzeitig mit der Erhebung der Beschwerde beantragen. Bitte beachten Sie, dass Sie, falls die Behörde von der Erlassung einer Beschwerdeentscheidung absieht, auf Ihr Recht auf Durchführung einer Verhandlung verzichten, wenn Sie in der Beschwerde keinen solchen Antrag stellen.

Für die Steiermärkische Landesregierung  
Die Abteilungsleiterin i.V.

Mag. Rita Hirner  
(elektronisch gefertigt)